



Der Rote Hahn

INFORMATIONSBLETT DER PARTEI DIE LINKE. FRANKFURT (ODER)

SONDERAUSGABE LEITANTRAG

DIE LINKE.

JANUAR 2014

GEÄNDERTE AUSGABE VOM 14. JANUAR 2014

Das Beste für Frankfurt.

DIE LINKE.

Leitantrag

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Wahl-Gesamtmitgliederversammlung
am 7. Dezember 2013

■ I Präambel

Wir leben in Zeiten der Zuspitzung von Konflikten auf allen gesellschaftlichen Ebenen.

Krieg ist für die Regierenden ein selbstverständliches Mittel zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen geworden. Die globale und europäische Krise des Kapitalismus findet ihren Ausdruck in der Aneinanderreihung von Finanz-, Wirtschafts- und Staatskrisen. Das Vertrauen in das Primat der Politik und ihre Handlungsfähigkeit sinkt ebenso beständig wie das in politische Akteure selbst. Daraus resultiert auch eine Krise des Parteiensystems insgesamt. Die sozialen Probleme spitzen sich deutlich zu. Protestbewegungen entstehen überall auf der Welt – auch in Deutschland.

Die – insbesondere durch die deutsche Bundesregierung vorangetriebene – Entsolidarisierung stellt das europäische Projekt sowie den weiteren Einigungsprozess in Frage. Menschenleben enden zu Hunderten an den Mauern der Festung Europa. Länder und Menschen werden im europäischen Lohn-, Steuer- und Sozialdumping-Wettbewerb gegeneinander ausgespielt. Die Gefahr für die Demokratie ist sehr real.

In einer solchen Zeit braucht es eine starke und handlungsfähige linke Partei auf allen politischen Ebenen, in zivilgesellschaftlichen Bündnissen und in sozialen Protestbewegungen.

Das Entwickeln von gesellschaftlichen Alternativen ist genauso gefragt wie die Ver-

INHALTSVERZEICHNIS

Seiten 1-2

I PRÄAMBEL

Seiten 2-3

II ERFOLGE DER LINKEN

Seiten 3-4

III FRANKFURT KANN MEHR - HERAUSFORDERUNGEN DER LINKEN

Seite 4

IV PROGRAMM FÜR FRANKFURT

Seite 5

1. Frankfurts Rolle als Oberzentrum in einer Kreisgebietsreform: Stadt-Umlandbeziehung

2. Frankfurt (Oder)/Stubice als europäische Doppelstadt: deutsch-polnische Kooperation

Seite 6

3. Die soziale Lage: Lohn- und Arbeitsbedingungen, Armut und Arbeitslosigkeit in Frankfurt (Oder)

4. Bildungsstandort Frankfurt (Oder): Frankfurt als Universitäts-, Kita-, Schul- und Ausbildungsstandort mit Attraktivität für das Umland und die Region

Seite 7

5. Die Menschen mitnehmen:

Bürger_innenbeteiligung in Frankfurt (Oder)

6. Neuausrichtung des Stadtbbaus: Stadtbau mit menschlichem Maß

Seite 8

7. Die Handlungsfähigkeit der Stadt erhalten: Ziele, Zweck und Mittel der Haushaltskonsolidierung

Seite 9

8. Frankfurt lebenswert für alle: Sport- und Kulturangebot sichern

9. Frankfurts wirtschaftliche Zukunft: Der Tourismus-, Einzelhandels-, Forschungs- und Wirtschaftsstandort Frankfurt (Oder)

Seite 10

V SCHLÜSSELPROJEKTE DER LINKEN IN FRANKFURT (ODER) 2014-2015

1. Politische Bildungsarbeit

2. Außerparlamentarische Arbeit

Seite 11

3. Vorbereitung Wahlen

4. Parteileben/Mitgliederleben - Parteireform

Seite 12

5. Brückenfest 2014/2015

6. Öffentlichkeitsarbeit

besserung der konkreten Lebenssituation im Hier und Jetzt. Gleichzeitig gilt es parlamentarisch wie außerparlamentarisch den deutlichen Widerstand und Protest gegen neoliberale, unsoziale und kriegerische Politik zu artikulieren.

Der Anspruch genau das zu verbinden ist hoch. DIE LINKE stellt sich diesem.

Wir stehen für eine soziale, gerechte und pazifistische Politik. Für demokratische, nachvollziehbare, unabhängige und transparente Entscheidungen.

DIE LINKE muss sich von anderen unterscheiden. Sie darf keine Partei wie alle anderen sein. Innerparteiliche Demokratie, das Einmischen und Positionieren in aktuellen Debatten, eine konstruktive Streitkultur, Raum zum Engagement, Offenheit für neue Gedanken und Personen und das Beschreiten von neuen Wegen sind Voraussetzungen, um attraktiv und gewinnend für Bürgerinnen und Bürger zu sein.

Daran wollen wir arbeiten.

Im Europäischen Parlament und der Europäischen Linkspartei streiten wir für ein soziales, für ein friedliches, für ein demokratisches und ein solidarisches Europa. Wir stehen dabei einer neoliberalen Mehrheit gegenüber, die versucht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger das gescheiterte neoliberale Projekt mit neoliberalen Rezepten zu retten.

Auf der Bundesebene sind wir seit der Bundestagswahl 2013 drittstärkste Kraft und die größte Oppositionspartei im Bundestag. DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich konsequent gegen militärische Konfliktlösungen, gegen Hartz IV und die Entsolidarisierung und soziale Spaltung der Gesellschaft stellt.

Als Kreisverband in Brandenburg sind wir Teil des derzeit einzig verbliebenen rot-roten Regierungsprojekts. Hier ist es auch unsere Aufgabe den Beweis anzutreten, dass linke Regierungspolitik erfolgreich, gut

für die Menschen und gut für das Land ist.

In Frankfurt (Oder) sind wir die größte Fraktion und Partei. Bei Wahlen repräsentieren wir konstant mindestens 30% der Wählerinnen und Wähler.

Die Frankfurterinnen und Frankfurter erwarten von ihrer LINKEN Fraktion, dass die das Verwaltungshandeln sehr genau hinterfragt und kontrolliert, sich aber gleichzeitig aktiv und konstruktiv in die Lösung der Probleme unserer Stadt einbringt.

In Krisenzeiten – das zeigt die Erfahrung – wollen Bürgerinnen und Bürger keine Experimente. Sie wollen Verlässlichkeit, Sicherheit und Kontinuität. Sie erwarten zu Recht gute Arbeit von uns und die Einbeziehung ihrer Bedürfnisse, Bedenken und Anregungen.

Das kann und wird uns jedoch nicht davon abhalten als linke Partei neue, alternative, progressive Ideen zu entwickeln

und in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Unsere Aufgabe ist es insbesondere auch außerparlamentarisch um Mehrheiten für tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden zu werben.

DIE LINKE definiert ihre Aufgabe darin, beständig auf die vorhandenen Probleme aufmerksam zu machen, sich ihrer anzunehmen und für machbare Lösungen und Alternativen einzutreten. Wir wollen auch denjenigen eine Stimme geben, die zu wenig gehört werden. Wir wollen die Interessen derer vertreten, die von anderen vergessen werden. DIE LINKE in Frankfurt (Oder) ist und bleibt das soziale Gewissen und das soziale Korrektiv in unserer Stadt.

Diesen Erwartungen gerecht zu werden ist beständiger Antrieb für unsere tagtägliche Arbeit.

■ II Erfolge der LINKEN

Unsere Stadt verändert sich beständig. Frankfurter Politik muss diesen Veränderungen aktiv begegnen. Sie darf auf veränderte Entwicklungen nicht nur reagieren, sondern muss diese Prozesse als Akteure gestalten.

DIE LINKE in Frankfurt (Oder) hat in den vergangenen 2 Jahren innerhalb und außerhalb der Kooperation eindrucksvoll bewiesen, dass sie bereit ist konkrete personelle und politische Verantwortung zu übernehmen. Wir stellen die Beigeordnete für die Aufgabenbereiche Finanzen, Personal, Ordnung, Sicherheit, Katastrophenschutz und Hauptverwaltung.

An vielen Stellen innerhalb und außerhalb der Kooperationsvereinbarung konnten wir in den vergangenen zwei Jahren positiv Einfluss nehmen auf wichtige Entscheidungen und die Entwicklung unserer Stadt.

Unter der Verantwortung unserer Kämmerin konnte Frank-

furt den ersten genehmigten Haushalt seit Jahren vorweisen.

Wir haben durch die federführende Erarbeitung der Kulturentwicklungsplanung verhindert, dass Kultur-Einrichtungen geschlossen wurden und in der Haushaltsdebatte 2012 dafür gesorgt, dass die zusätzliche 100.000 Euro Kürzung im Kulturbereich auf 50.000 Euro abgesetzt wurde und dadurch auch dort keine Einrichtung schließen musste. Aus den geplanten Investitionsmitteln haben wir 450.000 Euro heraus verhandelt. Dieses Geld ging direkt in die Kita- und Schulsanierung als Eigenmittelanteil für eine mehrfache Millionenförderung. Es gab 2012 keine Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich und die Kürzung der Mittel für die evangelische Grundschule sowie die Waldorfschule haben wir ebenso verhindert wie das Streichen der Mittel für die Arbeitsloseninitiative und der Großen Familie. Auch 2013 haben wir dafür gesorgt, dass die Kürzungen in diesen Einrichtungen verhindert wurden. Im Gegen-

zug ist es sogar gelungen den verfrühten Abriss von Schulgebäuden abzuwenden und 1 Mio. Euro als jährliche Mindestinvestitionssumme für Schulen festzuschreiben. Schulsozialarbeit an allen Schulen (Grundschulen und Oberschulen), die Neugründung einer Grundschule in Neuberesinchen, die Neugründung eines dritten Gymnasiums waren Forderungen die durch uns erfolgreich in die Debatte zur Schulentwicklungsplanung eingebracht und durchgesetzt wurden.

Gleichzeitig haben wir strukturelle Konsolidierungsvorschläge eingebracht, um die verhinderten Kürzungen zu kompensieren.

In den Verhandlungen zum Stadtumbau haben wir dafür gesorgt, dass die Leerstandsquote leicht erhöht wird, um dem Druck auf die Mieten Einhalt zu gebieten. Um für eine Verbesserung des Umzugsmanagements zu sorgen, wurde die zu erreichende Wiedervermietungsquote ebenfalls erhöht. Drei zusätz-

liche Objekte wurden alten- und behindertengerecht saniert und mit Fahrstühlen ausgerüstet. Ein Objekt wurde von der Abrissliste genommen, um dafür zu sorgen, dass mehr bezahlbarer Ausgleichswohnraum zur Verfügung gestellt wird. Für die MieterInnen in der Birkenallee haben wir den Abriss um ein Jahr verschieben können, damit die Mietergemeinschaft erhalten bleiben und sie gemeinsam umziehen können. Der Strategiewechsel bei den Wohnobjekten rund um das HEP geht auf unsere Verhandlungen zurück. Damit soll das Sterben des Stadtteilzentrums und damit des gesamten Stadtteils verhindert werden. Der Impuls für die Schaffung von sozialem Wohnraum in der Innenstadt, den die WoWi derzeit umzusetzen versucht, geht auf Forderungen von uns zurück.

Wir sind auch diejenigen, die als einzige die Verfahrensweise der Wohnbau (willkürlicher Abriss im Kommunardenweg ohne Beschluss der SVV) angreifen und die Auszahlung der Abriss-

förderung stoppen wollen. In der Ziolkowskiallee konnten wir dazu beitragen, dass die Verbindlichkeit und Einhaltung der Beschlüsse gesichert wird.

Wir standen und stehen an der Seite der Anwohner des Lindenplatzes in Rosengarten, die für ihre Rechte kämpfen. Ebenso haben wir die Streiks für eine bessere Bezahlung der MitarbeiterInnen in Call-Centern aktiv unterstützt und u.a. in diesem Rahmen deutlich gemacht, dass ein Mindestlohn in Frankfurt eine durchschnittliche Steigerung der Kaufkraft um 300 Euro/ pro Kopf ausmachen würde. In diesem Zusammenhang haben wir auch die Ausweisung der realen Arbeitslosenzahlen gefordert.

Unsere SozialpolitikerInnen haben sich aktiv in die Diskussion zur Armutsbekämpfung eingebracht und Prämissen formuliert.

Ganz aktuell haben wir in der Debatte um das Südring Center durch Einwohnerversammlungen und eine Antragsinitiative dafür gesorgt, dass die Verwaltungsspitze Verhandlungen mit den Eigentümern des Centers zu einer Kompromisslösung aufnehmen muss, um sicher zu

stellen, dass die Nahversorgung im Stadtteil gewährleistet bleibt. Ansiedlungen außerhalb des Centers haben wir ausgeschlossen, um ein weiteres Ausbluten des Centers zu verhindern. Auch haben wir die Erarbeitung eines Bürgerhaushalt angestoßen, sorgen momentan dafür, dass die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung veröffentlicht werden und klären die Ungereimtheiten bei den Marina-Gutachten, dem Neubau des Kleistmuseums und der Volkshochschule auf. Wir waren und sind diejenigen, die die Investitionsprojekte des OB (Marina, Bollfrashaus, Georgenhospital, Flächenankauf) hinterfragen und kritisieren und eine Prioritätensetzung zugunsten von Kitas und Schulen fordern. Das hat in der StVV bisher keine Mehrheit gefunden. Die Offenlegung der Kosten für Gutachten und Kostenerhöhungen bei Bauprojekten in der Stadt geht auf unsere Anfragen zurück. Die Initiativen zur Armutsbekämpfung und Erarbeitung des Maßnahmenplans als Schlussfolgerung aus dem Kinderarmutsbericht gingen von unseren Ausschussvorsitzenden aus und werden von ihnen koordiniert. Die Aufklärung von rechtsextremistischen Aktivitäten wird im engen Schulterschluss und Abstimmung mit antifaschistischen In-

itiativen durch uns parlamentarisch flankiert. Dass es gemeinsame Protestkundgebungen gegen die Demonstrationen der NPD in Frankfurt (Oder) gab, ist ein großer Erfolg unserer Arbeit innerhalb der Kooperation.

Erfreulich war es, dass wir erfolgreich für den Namensverlust des Karl-Liebknecht-Gymnasiums eingetreten sind.

Nach wie vor streben wir eine würdige, öffentliche Form der Ehrung von Fritz Krause an.

Wir haben dazu beigetragen, dass sich der ÖPNV nach St. ubice erfolgreich etabliert hat und von der Bevölkerung angenommen wird. Auch haben wir uns mit großem Engagement in Projekte wie die Studierendenmeile eingebracht, diese erfolgreich vorangebracht und dadurch verschiedene zivilgesellschaftliche Projekte wie den Kunst und Kulturwagen in der Großen Scharrnstraße möglich gemacht.

Neben der inhaltlichen Seite unserer erfolgreichen Arbeit ist die Art und Weise sowie das Selbstverständnis mit dem wir politische Prozesse angehen, mindestens genauso wichtig. Wir sind aktiv in den sozia-

len Netzen im Internet, stellen uns dort den Diskussionen, berichten über unsere Arbeit und erreichen täglich hunderte Menschen. Wir sind derzeit die einzigen, die das tun. Wir sind bei Veranstaltungen in der Stadt präsent und ansprechbar. Wir suchen den Kontakt und Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern. Wir veranstalten Bürgerversammlungen und politische Bildungsveranstaltungen, sind in den Stadtteilkonferenzen aktiv, haben VertreterInnen in den Ortsbeiräten. Wir betreiben eine offensive Öffentlichkeitsarbeit und erklären stets - auch und gerade außerhalb der Wahlkämpfe - was wir tun und warum wir es tun. Monatlich finden unsere Bürgersprechstunden statt. Ebenfalls monatlich erscheint unser „Roter Hahn“. Alle unsere Sitzungen sind öffentlich.

Wir tun sehr viel dafür, um möglichst nah an den Interessen der Menschen in unserer Stadt dran zu sein, ihr Vertrauen zu rechtfertigen und es uns zu erarbeiten. Wir sind ansprechbar und diskussionsbereit. Das ist neben der inhaltlichen Arbeit etwas, dass uns wesentlich von anderen Parteien unterscheidet. Diese Arbeit werden wir auch zukünftig fortsetzen!

III Frankfurt kann mehr - Herausforderungen der LINKEN

Das Bild der Stadt wandelt sich zum Positiven. Vieles konnte in den vergangenen Jahren angestoßen werden. Die Zusammenarbeit mit unseren polnischen Nachbarn wächst ebenso wie das Engagement von Studierenden in und für unsere Stadt. Das Kultur- und Sportangebot ist nach wie vor herausragend. Der Bedarf an Schul- und Kitaplätzen steigt. Diese positiven Entwicklungen hat DIE LINKE. in Frankfurt (Oder) mit unterstützt, geprägt, befördert und zum Teil überhaupt erst ermöglicht.

Wir jedoch - bei allem Licht - die Schattenseite nicht ausblenden.

Es sind Rückschläge, die unsere Stadt zurzeit erreichen:

- die Insolvenz von getgoods.de
- die Insolvenz von Conergy
- der Weggang von First Solar
- die dramatische Haushaltslage
- der bundesweite Spitzenplatz bei der Arbeitslosenstatistik
- der bundesweite Spitzenplatz bei der Kinderarmut
- das ungelöste Problem der zunehmenden Kriminalität
- die Gefahr des Verlustes der Kreisfreiheit
- der notwendige Abschied

von den Eigenmessen

- die Insolvenz des FHC
- eine mehrfach gescheiterte Bürgermeisterwahl
- ein zerrüttetes Verhältnis in der Verwaltungsspitze mit gegenseitigen Attacken in der Öffentlichkeit und einem damit einhergehenden Führungsvakuum
- eine Stadtverordnetenversammlung, die den OB kaum noch trägt, aus der aber - außerhalb der Auseinandersetzung mit ihm - auch zu wenig eigene inhaltliche Impulse kommen

Wir brauchen eine Diskussion und kreative Ideen zu den Zu-

kunftschancen, die wir aus uns selbst heraus entwickeln können:

- als internationaler Bildungsstandort
- als Modellregion für grenzüberschreitende Kooperation
- als Universitätsstandort, der seinen Studierenden Entfaltungsmöglichkeiten bietet wie kein anderer
- als Tourismuszentrum in einer erkundenswerten Region zu beiden Seiten der Oder
- als Wohnstandort mit bezahlbarem, alters - aber auch jugendgerechtem Wohnraum innerhalb eines ländlichen Umfelds,

das sich zunehmend in die Städte bewegt, sowie innerhalb einer Metropolregion, deren Wohnbedingungen sich zusehends verschlechtern

- als Forschungsstandort mit dem IHP und der Universität
- als Oberzentrum, Einzelhandels- und Kulturstandort innerhalb der beiden Landkreise.

Gleichzeitig ist es unabdingbar, dass wir uns auch weiterhin um Ansiedlungen und Investitionen bemühen.

So unbestreitbar wichtig der Erhalt und die Sanierung von vorhandener Infrastruktur ist, so bedeutend ist es gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, dass wir auch zukünftig unabhängig von Sonder-Subventionen des Landes eigenständig handlungsfähig sind. Das schaffen wir nur durch eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen, einen besseren Umgang mit den vorhandenen Mitteln und durch die Erhöhung der Einnahmen - insbesondere der Gewerbesteuererinnahmen - durch Ansiedlungen.

Natürlich müssen die Bedingungen, die Risiken und die Chancen von Zukunftsinvestitionen gründlich abgewogen

werden. Was wir nicht tun dürfen ist Bestandspflege und Zukunftsinvestitionen prinzipiell als entweder-oder-Entscheidung gegeneinander zu stellen. Ebenso dürfen wir uns nicht auf Ge- und Verderb Investoren ausliefern, sondern müssen selbstbewusst die Belange der Menschen der Stadt gegenüber Investoren vertreten. Das Bestreben nach wirtschaftlichen Ansiedlungen wird daher nicht unser Kredo „Gute Arbeit, gute Löhne“ aufweichen.

Wir schlagen vor, den angestrebten Haushaltsausgleich 2018 auf frühestens 2021 zu verschieben.

Die Zielmarke 2018 wurde unter völlig anderen Bedingungen definiert. Ein Festhalten um jeden Preis hätte einen radikalen Kürzungskurs der Verwaltung zur Folge, der Frankfurt ausgerechnet jetzt abermals seiner Attraktivität und Lebensqualität berauben würde. Das käme einem Todesstoß gleich und ist das letzte was wir jetzt gebrauchen können. Gleichzeitig machen wir aber auch deutlich, dass wir die bundesweit implementierte Schuldenbremse weiterhin ablehnen.

Wir brauchen das Vertragswerk der Kooperationsvereinbarung nicht mehr. Was wir aber gerade jetzt mehr denn je brauchen ist den Geist der Kooperation.

Andere Meinungen als Bereicherung zu verstehen und nicht als Konkurrenz. Begreifen, dass im "sowohl als auch" oft mehr Chancen liegen als im "entweder-oder". Verstehen, dass eine versöhnte Stadt mehr erreichen kann als eine zerstrittene.

Wir sollten endlich den Bürgerhaushalt umsetzen, damit finanzpolitische Richtungsentscheidungen transparenter, nachvollziehbarer und unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger getroffen werden.

Wir brauchen einen Generationenwechsel in allen wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen Bereichen der Stadt, der dafür sorgt, dass frische Gedanken, neue Herangehensweisen und Expertise an die Stelle von Netzwerken, Clubs und Seilschaften treten.

Und wir brauchen ein höheres Maß an Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit den knappen Mitteln der Stadt. Baukostenerhöhungen und Gutachtenkosten in Höhe von insgesamt über 3 Mio. Euro in den letzten Jahren sind ebenso inakzeptabel wie all jene Luxusprojekte, die nur einigen wenigen zu Gute kommen.

Frankfurt hat dann eine Chance wenn es sich jetzt nicht eingräbt, sondern die Herausforderung gemeinsam angeht.

Gerade jetzt wo die Politik in einer Krise steckt und sich in ihrer Handlungsfähigkeit begrenzt zeigt, muss sie auf die Menschen in unserer Stadt bauen, sie in ihrem Engagement bestärken und unterstützen und von ihnen lernen.

Initiativen wie die für den Lenépark, für den Brückenplatz, für die Studierendenmeile, für das Fforsthaus u.v.m. machen es vor.

Wir brauchen mehr gegenseitige Rücksichtnahme und Wertschätzung, mehr Armutssensibilität und soziales Engagement, mehr Unterstützung der lokalen Wirtschaft durch jeden einzelnen - auch beim eigenen Kaufverhalten. Kurzum: Wir brauchen mehr Bürgersinn - das heißt: Verantwortung und Solidarität. Weniger "man müsste mal" und mehr "ich packe an".

Unausgeschöpfte Potentiale, sowie kluge und engagierte Menschen gibt es mehr als genug. Der Reichtum dieser Stadt ist viel größer, als der Etat des städtischen Haushalts.

Auch in dieser Krise gilt: Die Frankfurterinnen und Frankfurter sind der beste und wichtigste Standortfaktor.

■ IV Programm für Frankfurt

DIE LINKE will sich trotz einiger Verbesserungen im Leben in unserer Region nicht mit den vielen Missständen abfinden. Wir wollen, dass Menschen gerne hier leben, hier bleiben, hier herkommen. Dafür braucht es Lebensumstände, die es wert sind, hier zu leben. DIE LINKE will daher die Kommunalwahlen 2014 auch dafür nutzen, Ideen für mehr Lebensqualität in unserer Region zu sammeln und zu diskutieren. Wir wollen mit den Menschen in Bürgerforen darüber sprechen, was konkret in unserer Stadt verändert werden muss. Gemeinsam wollen wir das Beste für unsere Region erreichen. DIE LINKE will

ein lebenswertes und liebenswertes und weltoffenes Frankfurt (Oder). Dafür müssen jetzt die Weichen gestellt werden.

Die programmatischen Handlungsgrundlagen der Frankfurter LINKEN sind neben dem Parteiprogramm vor allem das Kommunal- und Oberbürgermeisterwahlprogramm.

Lebensverhältnisse und Rahmenbedingungen unterliegen jedoch immer schnelleren Wandlungsprozessen. Gute Politik beschränkt sich nicht auf das Reagieren auf Veränderungen. Sie denkt strategisch-konzeptionell und zukunftsorientiert. Als gestaltende Kraft steht DIE LINKE in Frankfurt (Oder) vor eben

dieser Aufgabe. Das gilt im Besonderen auch für unser „Programm für Frankfurt“

Die ständige Auseinandersetzung mit den konkreten Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger, mit ihren Bedürfnissen, Problemen, Sorgen, Anliegen und Vorschlägen ist zwingend erforderlich, um auf der Höhe der Zeit, vorausschauend und an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger orientiert, Politik entwickeln zu können.

In der gemeinsamen Arbeit von Kreisvorstand und Fraktion ist es unser Ziel, Diskussionen aus der Bürgerschaft aufzugreifen, anzustoßen und gemeinsam mit ihr zeitgemäße, zukunftsfähige

politische Handlungs- und Verhandlungsgrundlagen nachvollziehbar und verlässlich abzuleiten.

Im Folgenden werden – als Diskussionsgrundlage für die Entwicklung unseres Kommunalprogramms - die Themenfelder, Positionen und Forderungen benannt, denen sich DIE LINKE in Frankfurt (Oder) insbesondere zuwenden wird:

1. FRANKFURTS ROLLE ALS OBERZENTRUM IN EINER KREISGEBIETSREFORM: STADT-UMLANDBEZIEHUNG

Wir stehen für eine bürgernahe, moderne und effektive Verwaltung, die Bürgerinnen und Bürger einbezieht, Bearbeitungs- und Entscheidungsprozesse beschleunigt, transparent und nachvollziehbar macht. Wir wollen die Rolle Frankfurts als Oberzentrum in der Region Ostbrandenburg stärken und die Verflechtung mit dem Umland verbessern. Nur durch eine Betrachtung als Gesamtregionen können wir die Potentiale nutzen.

Wir setzen uns ein für:

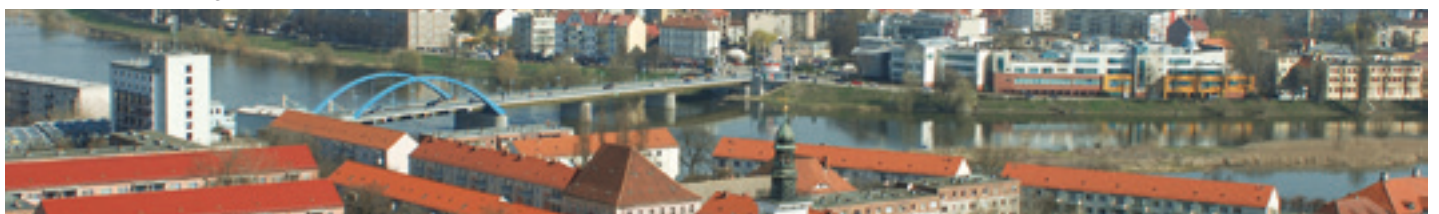
- eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Nachbarkreisen- und Regionen z.B. durch:
 - ein Kultur Sammeltaxi, dass auf Bestellung Kulturinteressierte in den Nachbarorten zu Veranstaltungen nach Frankfurt ermöglicht
 - eine enge Verzahnung des ÖPNV zwischen Frankfurt (Oder) und dem Umland
 - Präsenzstellen der Universität, die eine besser Wirkung in der Fläche ermöglichen
- Landambulatorien, die in Zusammenarbeit mit den Krankenhäusern der Umlandregionen für eine medizinische Versorgung im ländlichen Raum sorgen
- eine/n Demographie-Beauftragte/n, dessen Verantwortung darin besteht die Region auf demographische Veränderungen und Anpassungsnotwendigkeiten einzustellen
- für die Bündelung von Verwaltungsaufgaben
- einen Finanzausgleich zwischen Frankfurt, MOL und LOS, der die besondere Bedeutung Frankfurts für das Umland berücksichtigt und eine gerechtere Aufgaben- und Lastenverteilung garantiert
- den Ausbau der Wasserstraßen im Landkreis Oder-Spree und Frankfurt (Oder)
- eine schnelle Bahnverbindung zwischen Frankfurt (Oder) und Magdeburg
- den Erhalt der Kreisfreiheit Frankfurts
- die Entwicklung von spezifischen Angeboten für die über 14.000 PendlerInnen/pro Tag mit dem Ziel Menschen für den Wohnort Frankfurt (Oder) zu gewinnen
- den Verbleib von Landesbehörden und Amtsgerichten in unserer Stadt
- eine auskömmliche finanzielle Ausstattung durch Land und Bund
- eine Polizeireform und entsprechende Polizeipräsenz, die den tatsächlichen Bedingungen in Frankfurt gerecht wird
- eine verstärkte Kriminalitätsbekämpfung insb. durch Kooperation der deutschen und polnischen Behörden beim Aufdecken der Hintermänner und Händlerringe
- die verstärkte Nutzung von modernen Kommunikationsmedien für verwaltungsinterne Abläufe, für die Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung (E-Government) und für die Beteiligung von Bürgern (E-Partizipation).

2. FRANKFURT (ODER)/ŚLUBICE ALS EUROPÄISCHE DOPPELSTADT: DEUTSCH-POLNISCHE KOOPERATION

Wir treten ein für eine erlebbare und gelebte europäische Doppelstadt, die Bürgerinnen und Bürger dies- und jenseits der Oder mitnimmt und gemeinsame Planungen auf den Weg bringt. Die Chance der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, als Tor zum Osten, als europäische Modellregion ist das wohl größte Alleinstellungsmerkmal Frankfurts und Ślubices. Dieses Potential zu nutzen birgt aus unserer Sicht die Möglichkeit Anziehungspunkt für Menschen aus aller Welt zu werden.

Wir setzen uns ein für:

- einen verstärkten grenzüberschreitenden, zivilgesellschaftlichen Austausch und Schaffung gemeinsam genutzter Plätze
- ein gut ausgebautes, grenzüberschreitendes Netz des ÖPNV mit dem Hauptträger Straßenbahn
- eine perspektivisch gemeinsame Fernwärme-, Energie-, Wasser/Abwasserversorgung sowie Kooperationen in der Müll- und Abfallbeseitigung
- die gemeinsame Nutzung und den abgestimmten Ausbau von öffentlicher Infrastruktur (Sport- und Kulturstätten, Hallenbad, Stadion, Oderpromenade)
- einen Ausbau der Mehrsprachigkeit im gesamten öffentlichen und gesellschaftlichen Leben der Stadt mit entsprechender Beschilderung
- eine verbesserte Arbeit des Frankfurt-Ślubicer Kooperationszentrums
- den Kampf gegen: Ressentiments gegenüber unseren polnischen Nachbarn, Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit, jede Form von Rechtsextremismus, Nationalismus und faschistischen Gedankenguts



3. DIE SOZIALE LAGE: LOHN- UND ARBEITSBEDINGUNGEN, ARMUT UND ARBEITSLOSIGKEIT IN FRANKFURT (ODER)

Wir treten ein für die Bekämpfung von Armut und die Schaffung von existenzsichernder Arbeit. Für die Lebensqualität in Frankfurt sind Chancengleichheit, der Zugang zu Bildung, Kultur, Sport- und Freizeitangeboten ein ebenso wichtiges Kriterium wie die Schaffung von existenzsichernden Arbeitsplätzen, die BürgerInnen eine lebenswerte Zukunftsperspektive bieten.

Wir setzen uns ein für:

- eine Vergaberichtlinie als kommunale Entsprechung des Landesvergabegesetzes
- die Schaffung von existenzsichernden Arbeitsplätzen und die Bindung von Ansiedlungsförderung an Kriterien wie:
 - Begrenzung von Leiharbeit
 - Mindestarbeitsvertragslaufzeit
 - Einhaltung von Arbeitnehmer/Innenrechten insb. in Form von Betriebs- bzw. Personalräten
 - den Kampf gegen die Verfestigung einer Niedriglohnregion Ostbrandenburg
 - die Nutzung und Umsetzung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) in Frankfurt (Oder) zur Schaffung neuer Arbeitsplätze
- Orientierung der Arbeitsmarktpolitik auf die Hauptziele Fordern und Fördern, sowie Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit und Aktivierung von Langzeitarbeitslosen
- mehr verpflichtende Teilnahme an Berufsorientierungsangeboten in den Schulen
- familienfreundlichere Beschäftigungsverhältnisse
- Im Kampf gegen Kinder- und Altersarmut setzen wir uns für die Erarbeitung von Leitlinien zur Prävention von Kinder- und Familienarmut und zur Linderung der Folgen ein. Die Leitlinien müssen insbesondere auf folgende Punkte ausgerichtet sein:
 - Etablierung von Armutssensibilität in allen Bereichen des gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens unserer Stadt.
 - frühzeitige Ermöglichung von Kinder- und Jugendbeteiligung zur Stärkung von Persönlichkeit und individueller Entwicklung
- Gewährleistung der Grundversorgung durch bezahlbares und gesundes Schulesen, Ganztagschulen
- Gewährleistung eines gleichberechtigten Zugangs zu sozialen Kontakten, Kultur, Bildung und Sport durch Finanzierung von Schulmaterialien, außerschulische Lernangebote, sowie bezahlbaren Zugang zu Kultur und Sport
- Gewährleistung von psychischer und physischer Gesundheit, d.h. körperliche und seelische Unversehrtheit durch die Unterstützung und Hilfen bei der Erziehung von Kindern bei Bedarf
- Förderung und Ausbau von Ferienangeboten für sozial Benachteiligte
- Für den Erhalt der bestehenden Suchtberatungsangebote und der Straßensozialarbeit
- Wirksamer als bisher sind durch Stundung von Abgaben soziale Härtefälle zu vermeiden. Durch gesetzliche Regelungen ist zu sichern, dass Kommunalabgaben für Grundstücksbesitzer nicht zu einer Zahlungsunfähigkeit führen.

4. BILDUNGSSTANDORT FRANKFURT (ODER): FRANKFURT ALS UNIVERSITÄTS-, KITA-, SCHUL- UND AUSBILDUNGSSTANDORT MIT ATTRAKTIVITÄT FÜR DAS UMLAND UND DIE REGION

Unsere Ziel ist die Förderung und Unterstützung einer soliden Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsbetreuung für unsere Kinder und Jugendlichen, sowie der Kampf um die Herstellung von Chancengleichheit.

Wir setzen uns daher ein für:

- eine bessere Ausstattung von Schulen
- den Erhalt und Ausbau von Bildungsangeboten von der Volkshochschule bis zur deutsch-polnischen Seniorenakademie, die dem wachsenden Bedürfnis nach lebenslangem Lernen entsprechen
- die Unterstützung der Studierendenmeile, des Fforsthaus, der Freirauminitiative und einer Intensivierung der Verbindung von Stadt und Universität
- studentische Freiräume, Gestaltungs- und Entfaltungsmöglichkeiten
- den Ausbau von studentischen Wohnmöglichkeiten/Studierendenwohnheimen in der Innenstadt durch spezifische Angebote der Wohnungsunternehmen z.B. in Form von WG-Wohnungen
- die Bestellung eines Beauftragten für die Kooperation zwischen Universität und Stadt insb. mit dem Ziel Studierende für das Leben und aktive Wirken in Frankfurt zu begeistern (Wohnraum, studentische Jobs, Kultur- und Freizeitangebote, Projektarbeit)
- eine bessere Nutzung des wissenschaftlichen und kreativen Potentials der Lehrstühle an der Europauniversität Viadrina für die Stadtentwicklung
- eine stärkere Zusammenarbeit mit der BTU, der TUB und der FH Wildau für Innovation und Fachkräftesicherung

5. DIE MENSCHEN MITNEHMEN: BÜRGER_INNENBETEILIGUNG IN FRANKFURT (ODER)

Stadtpolitik darf BürgerInnen nicht zu Empfängern von Dienstleistungen der Verwaltung reduzieren. BürgerInnen wünschen sich Einbeziehung und Mitbestimmung. Wer die Kompetenz, Erfahrung und das Wissen der Menschen unserer Stadt ungenutzt lässt, verspielt nicht nur Vertrauen, er verschenkt auch Engagement und kluge Ideen. Als LINKE sind wir fest davon überzeugt, dass die Menschen in unserer Stadt am besten wissen was gut für sie ist und was nicht. Wir wollen sie aktiv einbeziehen und zu politischem Engagement ermutigen.

Wir setzen uns daher ein für:

- die Nutzung von Freiräumen in der Stadt für bürgerschaftliche, kulturelle, politische und soziale Projekte
- die Etablierung von Stadtteilbürgermeistern analog den Ortsvorstehern
- die Stärkung von Stadtteilkonferenzen und Ortsbeiräten
- die Bereitstellung selbstverwalteter Budgets in den Ortsteilen und Stadtteilen
- regelmäßige Einwohnerversamm-

lungen des Oberbürgermeisters, der Beigeordneten und Stadtverordneten in den Stadt- und Ortsteilen

- eine offensive, frühzeitige und einbeziehende Informationspolitik der Verwaltung zu Schwerpunkten und Vorhaben der Stadtentwicklung
- die Einführung eines kommunalen Petitionsausschusses
- einen Bürgerhaushalt, der Mitbestimmung und Einbeziehung in Haushaltsentscheidungen ermöglicht
- die Entsendung von Personalvertretungen in die Aufsichtsräte kommunaler Gesellschaften
- die Einrichtung von Internet-Live-Stream Übertragungen der Stadtverordnetenversammlung und Ausschusssitzungen
- die grundsätzliche Durchführung von öffentlichen Sitzungen wo immer es rechtlich möglich ist
- die Stärkung der Jugendbeteiligung z.B. durch Bildung eines Jugendparlaments

- die mittelfristige Rückholung des technischen Rathauses in die Innenstadt
- eine Diskussion über die Bildung mehrerer stadteigenen Fonds (Bsp.: WoWi, FWA, Stadtwerke) um eine BürgerInnenbeteiligung an den Sachwerten der Stadt zu gewährleisten
- eine würdige, öffentliche Ehrung von Fritz Krause in Form einer Straßenenennung.
- Wir wollen einer Kultur des Willkommens für Geflüchtete in Stadt und Land zum Durchbruch verhelfen.
- Wir setzen uns für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen z.B. durch DolmetscherInnen, rechtliche, psychologische und medizinische Betreuung sowie Zugang zu Bildungsmöglichkeiten ein.
- Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten müssen deutlich verbessert werden. Wir wollen erreichen, dass Geflüchtete in unserer Stadt dezentral in Wohnungen leben können.

6. NEUAUSRICHTUNG DES STADTUMBAUS: STADTUMBAU MIT MENSCHLICHEM MAß

Der Stadtumbauprozess wird in der Bevölkerung fast ausschließlich als Abriss wahrgenommen. Er hat zur Verdrängung von Menschen aus der Stadt und zur Konsolidierung des privaten Wohnungsmarktes mit öffentlichen Geldern gesorgt. Ausgleichswohnraum steht nur unzureichend zur Verfügung. Preiswerter und altersgerechter Wohnraum wird vernichtet. Wir wollen einen Strategiewechsel im Stadtumbau. Wir treten ein für einen Stadtumbau, der sich an den Problemen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger und nicht der Wohnungsunternehmen orientiert.

Mieterinnen und Mieter, die vom Stadtumbau betroffen sind, brauchen Sicherheit und Verbindlichkeit. Neuen Wohnraum sollten sie zur Bestandsmiete erhalten. Wir brauchen einen nach tatsächlichen Bedarfen differenzierten Rückbau und eine Leerstandsquote, die eine ausreichende Reserve gewährleistet - auch um ausreichend Wettbewerb auf dem Wohnungsmarkt zu garantieren. Ausgleichswohnraum muss

in ausreichender Anzahl und Qualität vorhanden sein. Die vernachlässigte Ertüchtigung der Stadtteile muss endlich in Angriff genommen werden, um deren Funktionsfähigkeit zu erhalten.

- Wir setzen uns ein für:
- den Erhalt der Funktions- und Lebensfähigkeit aller Stadtteile
- die Senkung des städtischen Mietniveaus
- Verbindlichkeit und Sicherheit im Abrissprozess
- die Einhaltung der Wiedervermietungsquote
- einen regelmäßigen Nachweis über vorhandenen Ausgleichswohnraum
- für eine bedarfsgerechte Versorgung der Frankfurterinnen und Frankfurter mit Wohnraum, d.h.:

- das Vorhalten von ausreichend behinderten- und altersgerechten Wohnraum
- die Sicherung eines ausreichenden Angebots kleiner und mittlerer Wohnungen auch im unteren Mietpreissegment
- die Dämpfung der sozialen Entmischung in den Wohnquartieren
- keine Mietpreissteigerungen bei durch Abriss bedingten Umzügen
- eine teilweise Orientierung des Rückbaus an den Infrastruktur- und Versorgungsleitungen zur perspektivischen Kostensenkung
- den Erhalt einer Leerstandsquote deutlich über Fluktuationsreserve in allen Stadtteilen
- die Umsetzung von Aufwertungsmaßnahmen in Abrissgebieten

- das Ausschließen von Mehrfachumzügen durch Wohnungsabriss
- die Prüfung von Möglichkeiten des punktuellen, geschossweisen Rückbaus
- Zur Sicherung und Bindung von Fachkräften und zur Steigerung der Attraktivität für EinpendlerInnen an den Wohnstandort Frankfurt (Oder) schlagen wir darüber hinaus vor:
- Ausbau von Angeboten auch für solvente Mieterschichten
- Schaffung von ausreichenden Möglichkeiten zum individuellen Eigenheimbau
- Wir fordern eine konsequente Schwerpunktsetzung zur Stärkung des Mietwohnungsmarktes.

Dabei geht es um folgende Teilziele:

- Aufwertungsmittel sind vorrangig für die beschleunigte Sanierung und Modernisierung von Wohnraum umzuschichten
- Mit der Fortschreibung des Wohnraumversorgungskonzepts ist eine nachfrageorientierte städtische Strategie zu Qualität und Struktur des Mietwohnungsmarktes und seiner mittelfristigen Entwicklung zu erarbeiten. Dabei sind besonders die generationsgerechten Bedarfe sowie die von jungen Familien, Beschäftigten, Studenten, Alleinstehenden, Alleinerziehenden und Empfängern von Transferleistungen (u.a. SGB II, SGB XII, EU-Rentner) zu bezeichnen.
- Mit der Erarbeitung eines qualifizierten Mietspiegels ist zugleich die

Relevanz für die Anerkennung der Kosten der Unterkunft (KdU) sicher zu stellen.

- Mit der Bündelung aller anwendbaren Förderinstrumente aus der Städtebau bzw. der Investitionsförderung sind sozialverträgliche Mieten zu stützen, um der tatsächlichen Nachfrage zu entsprechen, Entmischung in den Wohnquartieren zu begegnen und die Angebotsbreite für Mieter und Wohnungsgesellschaften zu erhöhen, was der schon jetzt angespannten Situation im kleinräumigen und unteren Mietsegment entgegen wirkt.
- Mit Land und Bund muss verhandelt werden, um sicher zu stellen, dass – ergänzend zum Grundprinzip der Stärkung der Innenstadt - die Stadtteile Nord, Süd und Neubereshinchen, die am stärksten vom Rückbau betroffen sind, Aufwertungsmittel zur Funktionserhaltung bekommen.
- Auch bei angespannter Haushaltslage ist die kommunale Kofinanzierung sicher zu stellen.
- Von diesen Schwerpunkten abweichende Projekte (u.a. auch im privaten Hausbau und bei Wohneigentum) sind für den Einsatz öffentlicher Mittel nachrangig. Hierfür sind vorrangig die Kräfte der Privatwirtschaft und der Bürgerschaft zu gewinnen.
- Darüber hinaus brauchen wir eine Anpassung der technischen Infrastruktur an die Bedingungen der sich verändernden Stadtstruktur mit dem Ziel: Versorgungsaufwand senken, preiswerte Versorgung des Wohnungsbestandes, der öffentlichen Gebäude, des Gewerbes und der Industrie mit Wasser, Abwasser, Energie, Wärme

und modernen Kommunikationsmedien.

- Die Lebensqualität und Lebensfähigkeit der Stadt muss durch eine Aufwertung des Wohnumfeldes in allen Stadt- und Ortsteilen - nicht nur des Stadtzentrum gewährleistet werden. Die eigene Identität der Stadtteile gilt es zu bewahren und zu entwickeln

Des Weiteren schlagen wir vor, dass:

- die Werterhaltung, Sicherung und energetische Sanierung auf Grundschulen, Kindergärten und Sportstätten konzentriert wird
- eine Hinwendung der Stadtentwicklung zur Oder als Flaniermeile mit gastronomischen, kulturellen Angeboten sowie Wohn- und Übernachtungsmöglichkeiten vorgenommen wird
- die Straßenraumbegrünung als Maßnahme zur Erhöhung der Lebensqualität, zum Lärmschutz und zur Luftreinigung stärker berücksichtigt wird
- ein kommunales Programm für soziale Wohnungspolitik aufgelegt wird
- das Ausreichen von Abrissförderung daran gebunden wird, ob sich die Wohnungsunternehmen an die Beschlusslagen der Stadtverordnetenversammlung halten
- ein Lastenausgleich zwischen dem privaten und dem öffentlichen Wohnungsmarkt diskutiert wird, der die Kosten des Stadtumbaus nicht einseitig den vom Rückbau betroffenen Wohnungsgesellschaften anlastet

7. DIE HANDLUNGSFÄHIGKEIT DER STADT ERHALTEN: ZIELE, ZWECK UND MITTEL DER HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG

Frankfurt (Oder) hat mit einem hohen strukturellen und aufgelaufenen Defizit zu kämpfen.

Entscheidungen darüber wofür finanzielle Mittel genutzt werden prägen das Bild unserer Stadt wesentlich. Sie entscheiden darüber welche Leistungen Frankfurt für seine BürgerInnen vorhält und welche vermeintlich verzichtbar sind.

Gleichzeitig hängt die Handlungsfähigkeit einer Stadt entscheidend von den finanziellen Möglichkeiten ab. Für uns als LINKE hat Haushaltskonsolidierung mit Augenmaß für die Lebensqualität in unserer

Stadt daher eine hohe Priorität.

Wir setzen uns ein für:

- eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen
- eine Haushaltskonsolidierung mit Augenmaß, die nicht die Attraktivität und Lebensqualität der Stadt zerstört und die Soziales nicht sog. Sachzwängen und Spardiktaten unterordnet
- eine nachhaltige Nutzung und ein Umdenken im Umgang mit Fördermitteln: Nicht jedes förderfähige Projekt

ist ein sinnvolles und nachhaltig finanzierbares Projekt

- geeignete Budgetregelungen durch die Anreize zum schonenden Umgang mit Haushaltsmitteln geschaffen werden, nach denen ein Teil des „Einsparerfolges“ den Budgets oder Mittelempfängern zu Gute kommt
- eine bedarfsgerechte Personalentwicklung der städtischen Verwaltung unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung und mit dem Ziel der Verjüngung des Personalkörpers (50% Neueinstellungen

bezogen auf Realreduzierungen)

- den enormen Kostenaufwuchs bei Gutachten und Baumaßnahmen muss

Einhalt geboten werden

- die Veräußerung von Geschäftsanteilen kommunaler Unternehmen an

private Dritte wird als Mittel zur Haushaltskonsolidierung ausgeschlossen

8. FRANKFURT LEBENSWERT FÜR ALLE: SPORT- UND KULTURANGEBOT SICHERN

Das vielfältige Sport- und Kulturangebot zeichnet unsere Stadt aus. Es macht Lebensqualität und Attraktivität aus. Neben sinnvoller Freizeitbeschäftigung steht es insbesondere auch für soziales Miteinander, Gemeinschaftssinn und kulturelle Bildung.

Die Einrichtungen und Vereine leisten eine unschätzbare Arbeit für die Menschen in unserer Stadt, die gewürdigt und unterstützt werden muss.

Wir setzen uns ein für:

- die Bündelung von allen kulturellen und sportspezifischen Angeboten auf einer einheitlichen Plattform

- Sportsponsoring mit Werbung für städtische Attraktionen
- den Erhalt einer vielfältigen und hochwertigen Sport- und Kulturlandschaft
- eine Sport- und Kulturplanung, die zukünftig im Dialog mit den verschiedenen Akteuren Ausgaben prüft, Ziele definiert und sich von pauschalen Einsparsummen verabschiedet
- den Erhalt und bedarfsgerechten Ausbau des Breitensports; vom Sport im Vorschulalter über den Schulsport bis zu verstärkten Angeboten für Ältere und eine gezielte Leistungssportentwicklung

- den Erhalt des breiten und vielfältigen Kulturangebots in der Stadt bei Prüfung anderer Rechtsformen für die verstärkte Einwerbung von Drittmitteln und Einbindung Dritter
- eine weitere Bündelung und Vernetzung der städtischen Kultureinrichtungen
- die Beibehaltung der Olympiastützpunkte
- den Aufbau einer Kulturstiftung zur Förderung der lokalen Kulturszene

9. FRANKFURTS WIRTSCHAFTLICHE ZUKUNFT: DER TOURISMUS-, EINZELHANDELS- FORSCHUNGS- UND WIRTSCHAFTSSTANDORT FRANKFURT (ODER)

Um Frankfurt stark für die Zukunft zu machen ist eine gedeihliche Entwicklung im Tourismus-, Einzelhandels-, Forschungs- und Wirtschaftssektor unabdingbar. Neben der Schaffung von Arbeitsplätzen geht es auch um die Anziehungskraft der Region sowie dringend benötigte kommunale Einnahmen. Wir wollen den Wirtschaftsstandort Frankfurt (Oder) stärken um über gute Arbeit und neue Wertschöpfung für eine Vitalisierung der Lebensbedingungen und Zukunftschancen zu sorgen.

Wir setzen uns ein für:

- den Ausbau Frankfurts als touristisches, kulturell-sehenswertes Zentrum in einer erkundenswerten Region durch Stärkung von:
 - Städtetourismus
 - Radtourismus
 - Wassertourismus
 - Kulturtourismus
- eine touristische Vernetzung mit dem Umland, um Frankfurt/Slubice als Zentrum in einer erkundenswerten Region zu positionieren und Angebot-

spakete unterbreiten zu können

- die Unterstützung des Helensees in der Entwicklung zum Naherholungsgebiet und touristischen Anziehungspunkt
- eine Jugendherberge in Frankfurt
- ein Parkleitsystem in der Innenstadt
- ein touristisches Leitsystem in Form eines „roten Fadens“ durch die schönen Ecken der Stadt“ inkl. Broschüre und Beschilderung
- Bemühungen zur Ansiedlung eines DHL-Verteilzentrums zur Stärkung des Logistikstandorts
- einen runden Tisch mit lokalen Unternehmen um Maßnahmen zur Stärkung der lokalen Wirtschaft zu erarbeiten
- eine Tourismusabgabe deren Erlöse 1 zu 1 - in Abstimmung mit den AbgabenzahlerInnen für den Ausbau der touristischen Infrastruktur eingesetzt werden
- die Stärkung des Innovations- und Forschungsstandort Frankfurt (Oder)

- die Unterstützung der regionalen Wirtschaft durch eine Initiative Frankfurter für Frankfurt deren Aufgabe es ist die Angebote der lokalen Unternehmen zu bündeln und in der Stadt bekannt zu machen
- einen Ausbau der Kooperation im Wachstumskern Frankfurt (Oder)-Eisenhüttenstadt
- eine verstärkte Existenzgründungsförderung: Neben Wagniskapital (z.B. in revolvierenden Fonds) benötigen Existenzgründerinnen und -gründer vor allem fachliche und betriebswirtschaftliche Qualifikation, Kontakte und eine dem Unternehmenszweck entsprechende Infrastruktur. Die Arbeit der Gründungsunterstützung muss verstärkt werden damit die jungen Unternehmen preisgünstig Gewerbeflächen, Räume, Bürodienstleistungen und weitere Infrastruktur angeboten bekommen. Für ExistenzgründerInnen sind vor allem ein familienfreundliches Umfeld wie flexible Kindertageseinrichtungen und wohnortnahe Schulen wichtig.

10. FRANKFURT FÜR ALLE GENERATIONEN: SOZIAL UND LEBENSWERT AUCH IM ALTER

Frankfurt (Oder) ist eine Stadt mit einem relativ hohen Durchschnittsalter. In den kommenden Jahren ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung insb. durch den Zuzug aus den ländlichen Regionen weiter verstärken wird. Als LINKE betrachten wir die aktive Einbeziehung von SeniorInnen als wichtiges Handlungsfeld kommunaler Politik. SeniorInnen sollen sich in Frankfurt wohl und gut aufgehoben fühlen. Ihnen wollen wir die Möglichkeit geben in Sicherheit und guter Versorgung zu leben.

Wir setzen uns ein für:

- eine unmittelbare Nahversorgung in allen Stadtteilen
- die weitere Umsetzung des Konzeptes Barrierefreie Stadt (dazu gehören Maßnahmen für Körperbehinderte, insbesondere RollstuhlfahrerInnen sowie die Installation, Reparatur und Instandhaltung von Induktionsanlagen für Hörgeschädigte)
- den Erhalt des Pflegestützpunktes als unabhängige Einrichtung für die Beratung von Senioren, Pflegebedürftigen und Pflegenden
- die Sicherung und Weiterentwicklung des Frankfurt Passes
- die Stärkung der Kinder, Integrations- und Behindertenbeauftragten sowie die Bestellung eines Seniorenbeauftragten
- die Unterstützung von Kooperationen zwischen Klinikum, Lutherstift und niedergelassenen Ärzten. Dazu gehört insb. die Ansiedlung und Unterstützung niedergelassener Ärzte aus unterrepräsentierten Fachbereichen
- Wo möglich sind durch den Zusammenschluss von Arztpraxen unterschiedlicher Sparten z.B. in Form von Ärzthäusern patientenfreundliche Synergieeffekte durch die gemeinsame Nutzung von Diagnose- und Therapietechnik zu unterstützen

■ V Schlüsselprojekte der LINKEN in Frankfurt (Oder) 2014-2015

DIE LINKE. in Frankfurt (Oder) fühlt sich diesen Grundsätzen, Prämissen, politischen Zielsetzungen und Positionen verpflichtet. Zur Umsetzung selbiger braucht es eine

starke, handlungsfähige und öffentlichkeitswirksame Partei. Wir sind ein stabiler und besonnener Kreisverband. Als solcher sehen wir uns inhaltlich wie personell in der Verantwortung uns in die Entwick-

lung des Landesverbandes und in die landespolitischen Debatten mit unseren Erfahrungen und Gedanken einzubringen.

Um eben diese Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche

politische Arbeit zu schaffen, beschließt der Kreisparteitag die folgenden Schlüsselprojekte:

1. POLITISCHE BILDUNGSARBEIT

Gesellschaftliche und politische Prozesse vollziehen sich tagtäglich. Sie verändern die Verhältnisse in denen wir leben. Gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Hochschulgruppe dielinke. SDS Viadrina wird die Arbeits-

gruppe Politische Bildung ihre politische Bildungsarbeit fortsetzen. In Vorbereitung und während der Wahlkämpfe trägt sie eine besondere Verantwortung für die Unterstützung der politischen Außenwirkung der Partei. Durch die gemeinsamen Veranstaltungen wollen

wir informieren, Diskussionen aufgreifen und anregen, zur Meinungs- und Willensbildung der Bevölkerung beitragen, interessierte Verbündete und Mitstreiter gewinnen und letztlich immer Erkenntnisgewinn produzieren. Unser Kommunalwahlprogramm wird im Di-

alog mit den Bürgerinnen und Bürgern, sowie den Akteuren vor Ort entwickelt. Dies vorzubereiten wird gemeinsame Aufgabe der AG Politische Bildung und des Wahlteams sein.

2. AUSSERPARLAMENTARISCHE ARBEIT

DIE LINKE. in Frankfurt (Oder) betrachtet neben der Begleitung der parlamentarischen Arbeit, insbesondere das außerparlamentarische Wirken als Arbeitsschwerpunkt. Die Suche nach Anknüpfungspunkten mit anderen linken und zivilgesell-

schaftlichen Kräften ist uns ein besonderes Anliegen. Von keiner geringeren Bedeutung sind für uns das aktive Wirken und die Verankerung im städtischen Leben. Die Zusammenarbeit und Bündelung von sozialen, emanzipatorischen, demokratischen und fried-

lichen Kräften, wo es möglich ist, ist unser erklärtes Ziel. Nur gemeinsam mit breiten gesellschaftlichen, außerparlamentarischen Bündnissen werden wir im Kampf gegen Krieg, Faschismus und kapitalistische Ausbeutung etwas bewirken können. DIE LINKE

muss auch eine Bewegungs-Partei sein. Wir suchen daher den engen Schulterschluss mit linken Kräften in der Stadt. Neben der Beteiligung im Bündnis "Kein Ort für Nazis in Frankfurt (Oder)", unterstützen wir die Arbeit von Utopia e.V., dem VVN-BDA, dem Friedens-

netz, dem Studierendenmeile e.V., dem Fforsthaus sowie der Freirauminitiative. In regel-

mäßigen Abständen lädt der Kreisvorstand auch weiterhin zu Treffen mit anderen linken

Gruppierungen zur Abstimmung von gemeinsamen Aktivitäten ein.

3. VORBEREITUNG WAHLEN

Mit Blick auf die anstehenden Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen 2014 wird es Aufgabe des Kreisvorstandes sein in dieser Amtsperiode die personellen, inhaltlichen, organisatorischen und finanziellen Vorbereitungen voran zu treiben. Für die Durchführung der Wahlkämpfe wird ein Wahlteam eingesetzt, dass gemeinsam

mit dem Kreisvorstand die Leitung der Wahlkämpfe übernimmt. In Vorbereitung der Kommunalwahlen wurde eine Personalfindungskommission eingesetzt. Besonderes Augenmerk gilt dem Gewinnen von geeigneten BewerberInnen für eine zukünftige Stadtverordnetenfraktion. Im Vorfeld von Kandidaturen sind schriftliche Vereinbarungen über Verpflichtungen von zukünftigen

Mandatsträgern abzuschließen.

Nach erfolgreichem Abschluss der Wahlen werden die Bürostrukturen gemeinsam mit den Abgeordneten auf ihre Effektivität und Außenwirksamkeit überprüft und ggf. Veränderungen vorgenommen.

Unser erklärtes Ziel ist es erneut als deutlich stärkste

Fraktion in die Stadtverordnetenversammlung einzuziehen, einen herausragenden Beitrag zu einem guten Ergebnis bei der Europawahl zu leisten und bei der Landtagswahl mit dem besten Zweitstimmenanteil in der Stadt und der Verteidigung des Frankfurter Direktmandats dazu beizutragen, dass eine Fortsetzung der Koalition mit der SPD möglich wird.“

4. PARTEILEBEN/MITGLIEDERLEBEN – PARTEIREFORM

DIE LINKE. ist politische Heimstätte für unsere Mitglieder. Die Basisgruppen bilden die Stützen der Partei. Durch sie wird ein sehr umfangreiches Mitglieder- und Parteileben organisiert. Dieses gilt es zu pflegen, zu erhalten und wo immer wir können auch auszubauen. Die Arbeitsgruppen Seniorinnen und Senioren, Geschäftsstelle, Roter Hahn, Politische Bildung leisten - neben den Basisgruppen - einen unverzichtbaren Beitrag innerhalb unserer Parteistrukturen. Die zahlreichen politischen Veranstaltungen und Versammlungen, das Projekt „Greift zur Feder, Genossen!“, das Brückenfest, der 1. September und die Ehrung langjähriger Mitglieder sind nur einige Beispiele für unser umfangreiches Parteileben. Um unsere Attraktivität und Arbeitsfähigkeit zu steigern gilt es diese Elemente zu pflegen, sie weiter zu entwickeln, neue Ideen einzubringen und unsere Strukturen einer beständigen Überprüfung auf ihre Arbeitsfähigkeit sowie Attraktivität für neue Mitglieder zu unterziehen.

Die Analyse unserer Parteistrukturen zeigt, dass unsere Kräftesituation in den letzten 2 Jahren - trotz einiger Neueintritte - nicht deutlich besser geworden ist. Die Anzahl der verstorbenen Genossinnen

und Genossen konnte leider nicht kompensiert werden. Die Mitglieder unserer Partei haben ein hohes Durchschnittsalter. Gleichzeitig stehen unsere Mitglieder aber auch für eine große politische und menschliche Verbundenheit zur LINKE in Frankfurt (Oder). Sie genießen eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung und verfügen über jahrzehntelange politische Erfahrung. Diese gilt es weiterhin zu nutzen und aktiv einzubeziehen.

Einige Basisgruppen haben sich aus Gründen der besseren Arbeitsteilung zusammenschlossen. Insbesondere in diesen neuen Basisgruppen ist darauf zu achten, dass sie auch weiterhin Heimstätte für die bisherigen Mitglieder bleiben. Der persönliche Kontakt und die Einbeziehung von erkrankten Mitgliedern muss weiterhin ein wichtiger Bestandteil der Mitgliederpflege durch die Basisgruppen sein.

Die Frankfurter LINKE führt landesweit die meisten Gesamtmittgliederversammlungen durch. So soll es auch in Zukunft bleiben. Die regelmäßige Information unserer Mitglieder sowie der enge Ratschlag vor schwierigen Entscheidungen sind uns wichtig. Die Diskussionsanteile sind zukünftig zu stärken. Gemeinsame Aufgabe wird es sein die Teilnehmer-

zahlen weiter zu erhöhen.

Trotz einiger Erfolge bei der Gewinnung neuer Mitglieder müssen wir gemeinsam unsere Anstrengungen an dieser Stelle weiter verstärken.

Folgende Maßnahmen werden Teil der Arbeitsplanung des neuen Kreisvorstandes sein:

- Fortsetzung der Initiative „Mitglieder werben neue Mitglieder“
- Im Roter Hahn sind unter der Rubrik „Willkommen bei uns Linken“ neu gewonnene Mitglieder mit ihren Motiven in Wort und Bild vorzustellen, die in unsere Partei eintraten.
- Die bewährte Arbeit des Kreisverbandes entsprechend des Aufrufes vom November 2007 „Greift zur Feder, Genossen!“ wird weitergeführt und der „Ehrenpreis Rote Feder“ verliehen. Im Mittelpunkt steht, neue Autoren für den Roten Hahn zu gewinnen und Mitgliedern aus unseren Reihen die Möglichkeit zu geben, ihre Bücher öffentlichkeitswirksam vorzustellen.
- Der Kreisvorstand führt die jährlichen Treffen mit langjährigen, verdienst-

vollen Parteimitgliedern auch in der neuen Wahlperiode weiter.

- In zukünftigen Gesamtmittgliederversammlungen soll es verstärkt jeweils Berichte von geladenen Gästen und aus den Basisgruppen zu ihrer Arbeit, ihren Gedanken und ihren Vorgehensweisen geben.
- An die deutlich gestärkte Vernetzung mit unseren Arbeitsgruppen und der Hochschulgruppe wollen wir anknüpfen und diese weiter ausbauen.

Von seinen/ihren Abgeordneten auf allen Ebenen erwartet der Kreisverband der LINKEN in Frankfurt (Oder) ein hohes Maß an Engagement für Frankfurt, Brandenburg, den Kreis- und den Landesverband. Auf Gesamtmittgliederversammlungen, öffentlichen Veranstaltungen, Sprechstunden, über den Roten Hahn und Anzeigen in Zeitungen sollen sie regelmäßig über ihre Arbeit informieren, den Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern suchen und sich in - insbesondere für Frankfurt relevante - Diskussionsprozesse einbringen.

5. BRÜCKENFEST 2014/2015

Das Brückenfest ist aus dem jährlichen Kalender der Frankfurterinnen und Frankfurter nicht mehr weg zu denken. Jedes Jahr zieht es viele tausend Besucherinnen und Besucher auf die Oderpromenade, um zu flanieren, zu

diskutieren und sich zu informieren. Das Brückenfest 2014 ist zugleich der bundesweite Auftakt für den Europa- und Kommunalwahlkampf. Das stellt uns vor besondere Herausforderungen in der Vorbereitung und Durchführung. Unser Ziel ist es in den Jah-

ren 2014/15 u.a. die Anzahl der teilnehmenden Vereine, Verbände und Initiativen wieder zu erhöhen. Die erfolgreiche Aktion "Meine rote Nelke für..." wird auch in den kommenden Jahren fortgesetzt.

6. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

In den vergangenen zwei Jahren ist es gelungen die Präsenz der Partei in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich zu erhöhen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und als politische Kraft und Mandatsgeber weiterhin offensiv in die Öffentlichkeit gehen. Über den Roten Hahn, öffentliche Veranstaltungen und Informationsstände, Presseinformationen, Anzeigen, Werbetafeln im TV uvm. Darüber hinaus, wird es auch weiterhin eine

Sprechstunde des Kreisvorsitzenden geben.

Wir wollen, dass die Menschen wissen wofür wir stehen und schaffen die Grundlage für breite politische Teilhabe und Einbeziehung. Es ist unser Ziel städtische Diskussionen anzustoßen und damit unseren Beitrag zur allgemeinen Meinungs- und Willensbildung in der Bevölkerung zu leisten.

Der Rote Hahn ist in seiner lokalen und frankfurtspezi-

fischen Ausrichtung weiter zu stärken. Insbesondere die Gedanken unserer Mitglieder und SympathisantInnen sind uns wichtig. Den Verbreitungsgrad müssen wir zukünftig deutlich erhöhen. Der Kreisvorstand wird daher beauftragt gemeinsam mit der ehrenamtlichen Redaktion des Roten Hahnes geeignete Maßnahmen zu entwickeln.

Impressum

Herausgeber
Kreisvorstand der Partei
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 4002047
Telefax: (0335) 4002031

Email: geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de
Internet: www.dielinke-ffo.de
Facebook: www.facebook.com/dielinkeffo

Redaktion/Druck dieser Sonderausgabe
René Wilke, Willi Wallroth

Druck: Eigendruck

Auflage: 500

Redaktionsschluss: 14. Januar 2014

Erscheinungstermin der nächsten,

regulären Ausgabe: 30. Januar 2014

Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten. Die Rechte an den Bildern liegen, wenn nicht anders gekennzeichnet, beim Kreisverband DIE LINKE. Frankfurt (Oder).

Spendenkonto

Kontoinhaber: DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Kontonummer: 32 00 616 899

Bankleitzahl: 170 550 50

bei der Sparkasse Oder-Spree

Kennwort: Spende

MITREDEN: Bürger_innen-Werkstätten 2014 zum Leitantrag DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

20. Januar

Die Menschen mitnehmen - Bürger_innenbeteiligung in Frankfurt (Oder)

23. Januar

Soziale Lage: Lohn- und Arbeitsbedingungen, Armut und Arbeitslosigkeit in Frankfurt (Oder)

28. Januar

Neuausrichtung des Stadtumbau: Stadtumbau mit menschlichem Maß

30. Januar

Frankfurts Rolle als Oberzentrum in einer Kreisgebietsreform: Stadt-Umlandbeziehung und grenzüberschreitende Kooperation

04. Februar

Frankfurts wirtschaftliche Zukunft: Der Tourismus-, Einzelhandels- Forschungs- und Wirtschaftsstandort /

Ziele, Zweck und Mittel der Haushaltskonsolidierung

05. Februar:

Frankfurt lebenswert für alle: Sport- und Kulturangebot sichern/ Bildungsstandort Frankfurt (Oder)

Die Werkstätten finden jeweils von 17:00 - 19:00 Uhr im Rathaus Frankfurt (Oder) statt.

DIE LINKE. Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder)